



Rückblick auf die Informationsveranstaltung "Flüchtlingsunterkunft am Dahlemer Weg - wie geht's weiter?" vom 27.11.2019 – ein Bericht

Vor nunmehr zwei Monaten wollte das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf die Flucht nach vorn ergreifen und lud Anwohner in einem Umkreis von 250 m zu einem Informationsabend über die geplante Modulare Unterkunft für Flüchtlinge (MUF) am Standort Dahlemer Weg ein. Aufgrund der großen Unterstützung vieler Steglitz-Zehlendorfer gab sich die BI Lebenswertes Lichterfelde e.V. mit dieser Beschränkung nicht zufrieden und informierte darüber hinaus Anwohner und Interessierte über den Termin. Letztlich waren die 200 Plätze für die Besucher des Bürgersaals im Rathaus Zehlendorf bis auf den letzten Platz belegt, später Eintreffenden blieben Stehplätze.

Das Podium bestand aus sechs Gesprächsteilnehmern. Hierzu gehörten u.a. ein Moderator, eine sich mit Wortbeiträgen zurückhaltende und bei der Diskussion nicht präsente Bezirksstadträtin und Integrationsbeauftragte Carolina Böhm (SPD) sowie die Gastgeberin, Bezirksbürgermeisterin Richter-Kotowski (CDU). Daneben waren Herr Pohlmann von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sowie Herr Tietze (Die Linke), Staatssekretär für Integration, vertreten; außerdem ein Polizist, der zum Thema Sicherheit befragt werden konnte. Kritik äußerte Frau Brychcy, MdA (Die Linke). Sie vermisste zurecht einen Vertreter der BI auf dem Podium. Offenbar war dies seitens der Politik nicht gewünscht, die BI hätte indes erwartet, dass zumindest ein Vertreter der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz oder ein Fachmann/-frau dieses Gebietes geladen gewesen wären, denn Fragen gab es zuhauf. Die Umweltstadträtin Schellenberg (Bündnis 90/Die Grünen) war nicht für das Podium vorgesehen. Als die eigentliche Problematik, nämlich die Vereinbarkeit von Baumaßnahme und Naturschutz, in den Fokus rückte, betrat sie dann doch die Bühne und stellte sich den Fragen.

Der Abend begann mit einem Lob der Bezirksbürgermeisterin für ihre Veranstaltung, die dem „Recht auf Information“ der Bürgerinnen und Bürger genügen würde. Es folgten Statistiken zur Flüchtlingsverteilung auf die einzelnen Bundesländer sowie zu Unterkunftsbelegungen in den Berliner Bezirken. Nach dieser bisweilen langatmigen und über 30 Minuten dauernden Einleitung wurden die konkreten Baupläne des fertigen MUF vorgestellt. Spätestens jetzt regte sich Unmut beim Großteil der Zuhörer. Es entstand der Eindruck, dass der geplante Bau unumstößlich sei und ein Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber, wie das wertvolle Waldbiotop vor einer Bebauung geschützt werden könne, nicht vorgesehen war.

Im Verlauf des Abends berichteten Vertreter des BUND und der Bürgerinitiative von der vom BUND bereits eingereichten Klage gegen den Bezirk und dessen Entwidmung der geschützten Grünanlage. Sie warnten vor der Bebauung wegen zahlreicher planungsrechtlicher Bedenken und erinnerten an mögliche Alternativstandorte, die sie bereits mehrfach ins Gespräch gebracht hatte. Das fadenscheinige Argument, dass eines der vorgeschlagenen Alternativgrundstücke nicht bebaut werden könne, weil es vom Flächennutzungsplan als ausgewiesenes Gewerbegebiet vorgesehen sei, sorgte für großes Unverständnis beim überwiegenden Teil der Anwesenden, schließlich handelt es sich bei dem Grundstück am Dahlemer Weg um eine ausgewiesene „Geschützte Grünanlage“. Im Wald bauen, das soll gehen, im Gewerbegebiet nicht – welch' Ironie.

Mehrfach zog der Staatssekretär der Sozialsenatorin im Laufe des Abends die anonyme und bislang von niemandem befragte Gruppe geflüchteter Menschen heran, um den Bau an genau diesem Ort zu rechtfertigen, da es angeblich keine Alternativen gäbe. Gefragt nach den Kosten, antwortete der Vertreter der Stadtentwicklungsabteilung, dass diese noch nicht feststünden. Den bereits bekannten Preis von 16 Mio. Euro verriet er dem Publikum indes nicht. Dieser dürfte auch kaum ausreichen, da die Kosten notwendiger Ausgleichsmaßnahmen hierbei noch nicht inbegriffen sind. Ein Vertreter des BUND wies darauf hin, dass der Berliner Forstverwaltung zudem so gut wie keine Ausgleichsflächen für gerodeten Wald mehr zur Verfügung stünden.

Die Bürgerinitiative wiederholte, dass das Waldgebiet für Bebauungspläne jeglicher Art Tabu sein müsse und Lösungen an anderer Stelle gefunden werden könnten. Die Bürgermeisterin bot nach zwei Stunden hitziger Diskussionen immerhin einen runden Tisch im Frühjahr 2020 an, um erneut nach Alternativgrundstücken zu suchen. Der Haken daran: Diese sollen von der Bürgerinitiative erbracht werden – eine Aufgabe, die eigentlich die Mitarbeiter der Bezirks- und Senatsämter im Auftrag ihrer jeweiligen politischen Führung erledigen müssten.

Die gute Nachricht des Abends: Der ursprünglich schon für 2019 angekündigte Bau könnte frühestens nach Erstellung eines umfangreichen faunistischen Gutachtens, also nicht vor Herbst 2020 beginnen. Zudem kann ab 2020 offiziell nicht mehr nach dem sog. Erleichterten Baurecht für Flüchtlingsunterkünfte gebaut werden (§ 246 BauGB), da die Befristung für dieses Sonderrecht zum 31.12.2019 ausgelaufen ist. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Chancen, eine Klage zu gewinnen, gestiegen sein dürften, wenn im Wald am Dahlemer Weg versucht werden würde nach normalem Baurecht zu bauen.

Auf jeden Fall ist die Bürgerinitiative gewappnet und wird sich vehement für den Erhalt des Biotops und gegen jegliche Bebauung des Areals einsetzen. Zunächst wartet sie auf den Ausgang der Klage des BUND gegen den Bezirk, um nötigenfalls eine weitergehende, eigene Klage gegen den Senat anzustrengen.

Berlin, 29. Januar 2020

Für Rückfragen:

BI Lebenswertes Lichterfelde-Pressestelle , Olivia Quell: 0173 735 76 18

Bürgerinitiative für Natur & Integration

www.lebenswertes-lichterfelde.de